

(19.05.2016 – 02.06.2016)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB*

## **01.06.2016 - Ernährungsbericht: Ein Beleg für das Nichtstun des Ministers**

Zum Kabinettsbeschluss für den Ernährungsbericht 2016, erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Ankündigungen, inhaltsleere Pressetermine und teure Plakatkampagnen sind das traurige Ergebnis der bisherigen Amtszeit von Ernährungsminister Schmidt. Sein heute im Kabinett verabschiedeter 80-seitiger Bericht kann nicht darüber hinwegtäuschen. Christian Schmidt rühmt sich zudem mit fremden Federn. Bessere Kennzeichnungsregeln auf Lebensmitteln oder Regelungen für neuartige Lebensmittel wurden nicht von ihm durchgesetzt, sondern sind auf EU-Ebene beschlossen worden. Statt dringend notwendige Gesetze vorzulegen, hat Schmidt sich in den letzten Jahren darauf spezialisiert, wichtige Gesetzesvorhaben in der Schublade verhungern zu lassen und stattdessen Kampagnen und Runde Tische durchzuführen.

Seit Monaten steht die Novellierung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuches aus. Ebenso in der Schublade liegen Verordnungen zur Reduzierung von Mineralöl-Rückständen in Lebensmittelverpackungen. Bei der Weiterentwicklung der Lebensmittelüberwachung ist nichts passiert und die angekündigte Neustrukturierung der Lebensmittelbuchkommission lässt auch auf sich warten. Das gilt auch bei der Kennzeichnung tierischer Produkte. Ebenso wie die Länder fordern wir eine verständliche Kennzeichnung, wie unter welchen Bedingungen Tiere gehalten wurden. Die Eierkennzeichnung war ein voller Erfolg und hat zum Ende der Käfighaltung in Deutschland geführt. Eine solche Kennzeichnung brauchen wir auch für Fleisch. Auch beim Thema gesunde Ernährung fehlt Schmidt eine Strategie. Der Trend zu Fehlernährung und Fettleibigkeit setzt sich fort. Die Anzahl der krankhaft Fettleibigen ist in den letzten Jahren, insbesondere bei jungen Männern, sogar noch angestiegen. Die Trendumkehr, die sich die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgenommen hat, ist nicht in Sicht. Der Bundestag hat vor einem Jahr beschlossen, mit einer Reduzierungsstrategie den Salz-, Zucker- und Fettgehalt in Fertigprodukten zu reduzieren. Auch hier hat der Minister noch nichts geliefert.

Beim Thema Lebensmittelverschwendung fällt Minister Schmidt immer mal wieder durch halb gere Ankündigungen in der Presse und wenig Ahnung von der Problemlösung auf. Jetzt – nach über zweieinhalb Jahren im Amt – kommt er auf die Idee, mal mit allen

Verantwortlichen zu sprechen. Statt verbindliche Reduktionsziele zu vereinbaren, wie sie alle Bundestagsfraktionen bereits 2012 gefordert haben, setzt der Minister aber wieder nur auf unverbindliche Freiwilligkeit. Damit wird er dem Problem nicht gerecht. Beim Thema Schulverpflegung lässt Schmidt die Länder und Kommunen allein. Gibt Geld aus für Imagekampagnen, aber spart immer noch bei Schulvernetzungsstellen, die wirksamen Strukturen entwickeln. Wenn er ihm bei dem Thema erst wäre, müsste er sich konsequent für die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich einsetzen. Diese Forderung hat der Minister allerdings noch nie formuliert.

*Karin Müller, MdL*

## **30.05.2016 - Rechnungshof zu Flughafen Kassel-Calden. GRÜNE: Umfassende Aufklärung nötig**

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag sehen in den heutigen Stellungnahmen von Wirtschaftsminister Al-Wazir und Finanzminister Dr. Schäfer zum letzte Woche bekannt gewordenen Rechnungshofbericht zum Flughafen Kassel-Calden einen ersten Schritt zur Aufklärung der Vorwürfe. „Es ist gut und wichtig, dass die Landesregierung die Vorwürfe um die Vergabe von Aufträgen beim Neubau des Verkehrsflughafens sorgfältig und umfassend prüft. Etwaige Fehler bei der Auftragsvergabe müssen aufgeklärt, Verantwortliche benannt und eine Wiederholung solcher Fehler vermieden werden“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion.

Durch den Bericht des Landesrechnungshofes zum Neubau des Verkehrsflughafens Kassel-Calden sehen die GRÜNEN ihre Befürchtungen bestätigt. „Wir GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass der Neubau des Verkehrsflughafens ein unnötiges und unwirtschaftliches Prestigeprojekt ist, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel Geld gekostet hat und leider immer noch kostet“, stellt Müller fest. „Es geht nun auch um Schadensbegrenzung. Dem Land sollen nicht noch weitere unnötige Kosten durch diesen Flughafen entstehen.“ Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir habe bereits Rückforderungen angekündigt.

„Die Verantwortung für die Vergabeverstöße liegt im damals FDP-geführten Wirtschaftsministerium. Für die FDP-Wirtschaftsminister Dieter Posch und Florian Rentsch spielten beim vermeintlichen ‚Leuchtturmprojekt‘ Kassel-Calden öffentliche Ausschreibungen, transparenter Wettbewerb und

korrekte Vergabeverfahren sowie der sorgsame Umgang mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger offenbar keine Rolle“, so Müller weiter. „Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens kontinuierlich sinken müssen. 2017 wird das Betriebskonzept des Flughafens zudem insgesamt überprüft“

*Karin Müller, MdL & Grüne Kassel-Land*

### **27.05.2016 - Mehr wilden Wald wagen – Artenreichtum durch Kernflächen Naturschutz im Forstamt Reinhardshagen und Wolfhagen**

„Dass in unseren Forstämtern Reinhardshagen und Wolfhagen eine Fläche von über 2.000 Hektar aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen sind, ist ein großer Beitrag zum Erhalt des Artenreichtum“, erklären die GRÜNEN im Landkreis Kassel anlässlich der Ausweisung weiterer Flächen im Staatswald als „Kernflächen Naturschutz“. „Flächen, die einer natürlichen Entwicklung überlassen werden, bieten wertvollen Lebensraum für zahlreiche oft auch seltene Pflanzen- und Tierarten“, erklärt die Parteivorsitzende der Landkreis Grünen, Susanne Regier. „Wertvolle Baumbestände wie Buchenwälder können sich so zu Rückzugsgebieten entwickeln, in denen sich störungsempfindliche Arten ansiedeln. Zum Beispiel wird Altholz nicht entfernt und bietet somit wertvolle Lebensräume für Fledermäuse und Raufußkäuzchen.“ Mit der Ausweisung von zusätzlichen 5.950 Hektar im Staatswald als „Kernflächen Naturschutz“ setzt Umweltministerin Priska Hinz (GRÜNE) eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der GRÜNEN mit der CDU auf Landesebene um. „Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht einen Anteil von fünf Prozent ungenutzter Wälder in Deutschland vor. Das Land Hessen geht mit nunmehr acht Prozent Staatswaldfläche, das sind insgesamt 25.500 Hektar, vorbildlich voran. Ziel ist es, fünf Prozent des Waldes in Hessen insgesamt aus der Nutzung zu nehmen“, erläutert Karin Müller, GRÜNE Landtagsabgeordnete für den Landkreis Kassel. Neben dem Nationalpark Kellerwald-Edersee gebe es nun eine weitere große Kernfläche im Forstamt Rudesheim mit mehr als 1.000 Hektar zusammenhängender Waldfläche. „Hier hat die Natur ausreichend Platz, sich zu entfalten.“

Das Land stellt Hessen Forst 1,3 Millionen Euro pro Jahr bereit, um die fehlenden Einnahmen aus dem Holzverkauf auszugleichen. „Wir sind sehr dankbar für diese Kompensation, denn sie nimmt den wirtschaftlichen Druck von den Forstämtern. Diese Mittel sind gut eingesetzt, denn sie sind ein Beitrag für den Erhalt unserer Wälder und sorgen damit auch für mehr Klimaschutz. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es bei der Ausweisung der Flächen eine enge Abstimmung mit den Naturschutzverbänden gegeben

hat und so eine gute Auswahl getroffen werden konnte.“

Die größeren Flächen werden durch Informationstafeln gekennzeichnet, alle sind selbstverständlich weiterhin für alle Wanderer und Waldspaziergänger begehbar. Dazu Müller und Regier: „Wir Menschen suchen Ausgleich und Erholung im Wald und schätzen ja gerade die Vielseitigkeit eines naturnahen Waldes. In den nun ausgewiesenen Gebieten werden unsere Kinder, Enkel und auch die nachfolgenden Generationen die Möglichkeit haben, artenreiche und wertvolle Waldlandschaften zu erleben.“

*Rathausfraktion*

### **27.05.2016 - Hessische Umweltlotterie**

#### **Grüne: Gewinnchance für Umwelt und Natur**

Die grüne Rathausfraktion Kassel begrüßt die Initiative der Hessischen Umweltlotterie GENAU (Gemeinsam für Natur und Umwelt), die Mitte April gestartet ist. Neben den Gewinnern profitieren jede Woche lokale Umwelt- oder Naturschutzprojekte.

„Naturschutz- und Umweltprojekte sind in Kassel ein ganz wesentlicher Baustein, um Tiere und Pflanzen zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten. Durch die Umweltlotterie können somit Umwelt- und Naturschutzprojekte vor Ort bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden“, begrüßt die umweltpolitische Sprecherin der Grünen Rathausfraktion, Christine Hesse. „Jede und jeder kann somit einen Beitrag für Naturschutzprojekte vor der eigenen Haustür leisten.“ Kasseler Vereine, Schulen, Naturschutzgruppen, die Projekte im Bereich Umwelt- und Naturschutz aktiv betreiben können direkt davon profitieren. Dafür müssen sie sich einfach im Hessischen Umweltministerium für die Umweltlotterie anmelden. Dies können auch aktuell laufende bzw. bereits begonnene Projekte sein.

Bisher kamen die Erlöse der hessischen Lotteriegesellschaft schon Sport, Kultur, Denkmalpflege und sozialen Projekten zugute, bei GENAU profitiert jetzt erstmals die Umwelt, denn neben dem mit wöchentlich 5.000 Euro versehenen Projektgewinn fließen sämtliche Erlöse zweckgebunden in ein neues Förderprogramm des Umweltministeriums zugunsten von Umwelt- und Naturschutz in Hessen.

Alle Infos dazu und das Anmeldeformular sind zu finden unter:

[www.lotto-hessen.de/projektformular](http://www.lotto-hessen.de/projektformular)

*Rathausfraktion*

### **20.05.2016 - Überarbeitung der KVG-Netzreform: Erfolg der BürgerInnen**

Aus grüner Sicht ist die erhebliche Überarbeitung des KVG-Entwurfs für die „Kasseler Linien“ ein Erfolg der umfassenden BürgerInnenbeteiligung. „Der breite Protest, insbesondere gegen die Streichung einiger Buslinien, hat die KVG dazu veranlasst, die Linienführung zu überdenken. Wir glauben deshalb, das die jetzt vorliegende Fassung auf erheblich breitere Zustimmung stoßen wird“, so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im Rathaus. Auch die neuen Vorschläge für die Betriebszeiten und Takte in den Abendstunden gingen deutlich auf die Anregungen aus der Beteiligung ein.

„Wir haben vor der Kommunalwahl versprochen, dass wir nur einer Reform zustimmen werden, die das Nahverkehrsangebot in Kassel verbessert“, so Eva Koch. Die Präsentation der KVG mit den in der Summe steigenden Fahrgastzahlen gebe aus Sicht der Grünen Anlass zur Hoffnung, dass der überarbeitete Vorschlag dieser Anforderung gerecht werde.

Vor einer abschließenden Bewertung wollen die Grünen den überarbeiteten Entwurf prüfen und in Abstimmung mit den Umweltverbänden insbesondere die dokumentierten Stellungnahmen der KVG zu den jeweiligen Bürgereingaben nachvollziehen.